

**Kommuniqué über Beratungen von Delegationen
des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Dänemarks
und des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands**

Auf Einladung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Dänemarks weilte in der Zeit vom 27. April bis zum 3. Mai 1959 eine Delegation des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Dänemarks zu Gast. Die Delegation des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands besichtigte industrielle und landwirtschaftliche Betriebe. Sie führte Gespräche mit Werktätigen in Kopenhagen, Aarhus und Aalborg und machte sich mit der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Dänemarks bekannt. Die Delegationen tauschten Gedanken über beide Parteien berührende Fragen aus.

An der gemeinsamen Aussprache nahmen teil:

von seiten des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Genossen Erich Honecker, Mitglied des Politbüros, Eberhard Nimz, Mitglied des Zentralkomitees und 1. Sekretär der Betriebsparteioorganisation des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, Wilhelm Paizoni, Kandidat des Büros der Bezirksleitung Halle und Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Friedrich Engels“ in Schafstädt;

von seiten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Dänemarks die Genossen Knud Jespersen, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Dänemarks, sowie die Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei Dänemarks, die Genossen Willy Fuglsang, Alfred Jensen, Svend Nielsen, Ib Nörlund, Poul Thomsen, Ingmar Wagner und andere.

Im Vordergrund der Beratungen stand der gemeinsame Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa und vor allem im Ostseegebiet. Die Delegationen stellten fest, daß der Abschluß des vorgeschlagenen Friedens Vertrages mit Deutschland den deutschen Militarismus bändigen und damit die Kriegsgefahr beseitigen könnte, die den Völkern der Ostseestaaten wie allen europäischen Völkern droht.

Die Delegationen beider Parteien begrüßen die Einberufung der Gen-